

Europäische Sicherheit & Technik

9,90 € • D 6323 E

5/2023

Europäische Sicherheit • Strategie & Technik



Kooperation mit Israel



NATO-Luftbetankung
Fortschritte bei MRTT-Flotte



Ukraine-Nachbeschaffung
Bundeswehr erhält Leopard 2A8



Neue US-Hyperschallwaffen
Das Projekt Conventional Prompt Strike

Österreich € 9,90 • Benelux € 9,90 • Schweiz s.Fr. 17,00



Renaissance der Wehrpflicht

Ja, aber breiter angesetzt!

Kersten Lahl

Die Bundeswehr wurde von Anfang an und über Jahrzehnte hinweg durch die Wehrpflicht geprägt. Bis in die 1990er Jahre hinein bestritt kaum jemand die verteidigungspolitischen ebenso wie die gesellschaftlichen Vorteile dieser Wehrform: Zum einen schaffte sie die Grundlage für die militärische Reaktions- und Aufwuchsfähigkeit der deutschen Streitkräfte innerhalb des Bündnisses. Sie erhielt darüber hinaus die Bundeswehr „jung“, erleichterte die personelle Nachwuchsgewinnung und schöpfte die zivilberuflichen wie intellektuellen Fähigkeiten der Rekruten bestens aus. Und zum anderen galt sie als eine Art Garant für das auch aus historischen Gründen so wichtige Ziel, die Armee fest in die Gesellschaft einzubinden. Das Modell „Staatsbürger in Uniform“ fand in der Wehrpflicht seine optimale gegenseitige Verflechtung. Insgesamt durfte man in der Rückschau zurecht von einem beispielgebenden Erfolgsmodell sprechen.

Das Ende des Ost-West-Konflikts mit einer gefühlt radikal neuen geostrategischen Lage eröffnete allerdings eine breite Debatte, die 2011 letztlich zur Aussetzung der Wehrpflicht führte. Schon Bundespräsident Richard von Weizsäcker – der immer ein entschiedener Verfechter des Wehrpflichtgedankens war – regte 1993 in seiner Rede vor den Kommandeuren der Bundeswehr an, die Vorzüge einer allgemeinen Dienstpflicht im Sinne einer nun erweiterten Sicherheitspolitik zu prüfen. Und sein Nachfolger Roman Herzog mahnte aus einer sehr ähnlichen Grundeinstellung heraus an, die Wehrpflicht dezidiert mit dem Kern der Landes- und Bündnisverteidigung – und weniger bzw. nicht mit einer Beteiligung an internationalen Kriseneinsätzen – zu rechtfertigen.

Neben diesen ersten Denkanstößen, die zunächst wirkungslos verpufften, wurden im Laufe der Zeit einige eher prakti-

Fotos: Archiv ES&T



Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht ist auch der Zivildienst weggefallen; seit 1. Juli 2011 ersetzt Personal des Bundesfreiwilligendienstes diesen in sozialen Einrichtungen

sche Probleme schlichtweg übermächtig: Die ungelöste Dynamik einer mangelnden Wehrgerechtigkeit, die immer kürzere Wehrdienstdauer mit im Ergebnis sinkendem militärischem Ertrag, die strikte Fixierung der Truppe auf Auslandseinsätze ohne aktive Einbindung der Grundwehrdienstleistenden und schließlich das drastisch schrumpfende Verteidigungsbudget. Unter dem Verteidigungsminister zu Guttenberg war schließlich ein Punkt erreicht, an dem es fast über alle Parteien hinweg keinen nennenswerten Widerstand gegen einen radikalen Wandel mehr gab. Aus der bisherigen Wehrpflichtarmee – analog zu anderen westlichen Partnerstreitkräften – wurde eine Freiwilligenarmee, dies versehen mit den Etiketten Einsatzarmee und „Professionalisierung“. Die längerfristigen Folgen für die Verteidigungsvorsorge Deutschlands in weitgehend ungeklärter Lage ebenso wie für Selbstverständnis, gesellschaftliche Stellung und teils auch Binnenorientierung der Bundeswehr rückten weit in den Hintergrund politischer Perspektiven.

Und nun steht Deutschland mitten in einer „Zeitenwende“, die neues Denken und Handeln erzwingt. Krieg ist wieder Realität mitten in Europa. Niemand garantiert Sicherheit auf der Zuschauerbank, und das Gebot gemeinsamer Solidarität als Pfeiler von Frieden in Freiheit gewinnt wieder unmittelbare Bedeutung. Allzu viele der Illusionen, welche die Euphorie der 1990er Jahre bestimmten und allerspätestens am 24. Februar 2022 zerbrachen, sind bitterer Ernüchterung gewichen. Wenn man diesen Paradigmenwechsel ernst nimmt, müssen zweifelsfrei alle Aspekte einer verantwortbaren Sicherheitspolitik auf den Prüfstand – auch Fragen einer sinnvollen Wehrform.

Eine umfassende Wende – selbst wenn man sie für richtig hielte – schafft man allerdings nicht von heute auf morgen. Wer alle Mängel gleichzeitig beseitigen möchte und damit die schwierige Umbruchphase unterschätzt, droht überall zu scheitern. Gerade in der Zeitenwende ist daher eine klare Prioritätenfolge

des Wandels geboten. Damit stellt sich die ganz praktische Frage, ob eine hasstige Wiederaufnahme der „alten“ Wehrpflicht die Verteidigungsfähigkeit in der heutigen Lage wirklich stärken würde, oder ob man sich einem Neuansatz besser umfassend, also mit einem soliden abgestimmten Konzept nähern sollte. Vor allem drei Aspekte sprechen für Letzteres:

- **Erstens die erforderliche Zeit:** Die Bundeswehr kann aktuell den wichtigsten Anforderungen bestenfalls nur mit größter Mühe entsprechen – zwar unverschuldet, aber darauf kommt es jetzt nicht an. Sie steht im Vergleich zu früheren Zeiten ziemlich „blank“ da. Der bisherige Spagat zwischen der Landes- und Bündnisverteidigung einerseits und internationalen Kriseneinsätzen andererseits übersteigt ihre Leistungsfähigkeit. Damit hat die Truppe in der aktuell so hochbrisanten Lage weit Wichtigeres zu tun, als neue Strukturen zur Integration Tausender Wehrpflichtiger aufzubauen. Ihr ausgerechnet jetzt neue Aufgaben aufzubürden, geht nur zulasten ihres unabweisbaren Kernauftrags.

- **Zweitens der Kostenfaktor:** Wehrpflichtige müssen erfasst, gemustert, einberufen, entlassen werden. Sie benötigen Unterkunft, Bekleidung, Ausrüstung und Ausbildung. Halbwegs verwendungstüchtig dienen sie der Armee nur kurz – dann beginnt eine kostenintensive Schleife von vorn. All das bedingt Investitionen, welche die Bundeswehr jetzt wohl kaum stemmen kann und die überdies in der „Zeitenwende“ auch in vielen anderen Bereichen wie etwa in der Sozial- oder Energiepolitik eingefordert werden. Die Finanzkraft des Staates steht in einer extrem schwierigen Phase am absoluten Limit, insbesondere nach der Pandemie. Ein „Wumms“ oder „Doppel-Wumms“ lässt sich nicht ständig wiederholen.

- **Drittens (und dies vielleicht vor allem) die Frage einer Einbeziehung von Frauen:** Bisher galt die Wehrpflicht nur für Männer – was ursprünglich allein schon deshalb Sinn machte, weil den Frauen bis 2001 die Soldatenlaufbahn mit nur wenigen Ausnahmen verschlossen war. Inzwischen hat sich aber das gesellschaftliche Verständnis von Gleichberechtigung ebenso gewandelt wie der Zugang zum Soldatenberuf, der nun uneingeschränkt auch ein Soldatinnenberuf ist. Eine leidenschaftliche Diskussion mit offenem

Ausgang darum, ob folglich auch Frauen der Wehrpflicht unterzogen werden müssen, ist damit wohl unumgänglich. Das führt zugleich wieder zu praktischen Fragen nach einer sinnvollen Wehrdienstdauer und damit einer akzeptablen Wehrgerechtigkeit. Die Wehrpflicht würde damit allzu leicht Thema einer eher dogmatischen Auseinandersetzung – und nicht des doch eigentlich nötigen Sicherheitsgewinns.

Von all diesen Einwänden darf man sich jedoch nicht völlig beirren lassen. Im Grundsatz liegen die verteidigungspolitischen und auch – wenngleich nicht als alleinig bestimmender Faktor – gesellschaftlichen Vorteile der Wehrpflicht auf der Hand. Einige davon sind oben

nisieren. Der moderne und inzwischen unumstrittene Ansatz einer „erweiterten Sicherheitspolitik“, der auf ein breites Fundament der Akteure und Instrumente setzt, eröffnet hier durchaus Chancen. Warum also nicht an eine allgemeine Dienstpflicht denken, die alle sicherheitsrelevanten Bereiche (von der Bundeswehr über etwa Feuerwehr und Katastrophenschutz bis hin zum Entwicklungsdienst) sowie den herkömmlichen Zivildienst umfasst und es dabei den Betroffenen weitgehend selbst überlässt, wo genau sie sich einbringen können und wollen?

Auch dieses Modell, das persönliche Pflicht und freie Entscheidung ertragreich verknüpft, kostet natürlich Geld und Zeit, eröffnet aber – wenn man alle Wirkun-



Vor allem die Rettungsdienste vermissen die Helfer und Fahrer, die früher oft Zivildienstleistende waren

benannt, andere kommen hinzu. In der Zeitenwende, also dem Ende der Illusionen mit Blick auf Frieden und Stabilität in Europa, gewinnen sie wieder enorm an Gewicht.

Neue Zeiten bedeuten eine neue Ausgangslage, und diese erzwingt wiederum neue Lösungsansätze. Im Ergebnis bedarf es eines gut durchdachten und insgesamt durchsetzungsfähigen Gesamtkonzepts, das deutlich über rein militärische Fragen hinausreichen muss. Wünschenswertes ist dabei mit dem Machbaren zu synchron-

gen und Nebenwirkungen abwägt – heißungsvolle Synergien. Es wäre gewiss eine insgesamt lohnende Investition in Zukunft und Stabilität unseres Landes, und dies nicht nur zugunsten der Bundeswehr. Denn damit kämen wir, auf die heutige Zeit bezogen und in einem umfassenderen Sinn angewandt, dem Gedanken Scharnhorsts wieder erfreulich nahe: Jeder Bürger eines Staates ist der geborene Verteidiger desselben. ■

In eigener redaktioneller Verantwortung.